

## Wann schlägt die Wut in Aufruhr um?

Wie auf ein geheimes Signal hin begann die Journalisten-Meute der „westlichen Wertegemeinschaft“ ihre Hatz auf das Herrschaftsregime in Burma.

**Von Marie Ringel**

Keine falsche Hoffnung, „liebe Staatsschützer“. Das ist kein Aufruf an die Bundesbürger zum „zivilen Ungehorsam“ gegen die Staatsmacht. Es geht um die Bürger in [Burma](#) (gelegentlich auch Birma genannt), deren Land von einem Sturm mit furchtbarer Vernichtungskraft heimgesucht wurde. Und die Überschrift ist der Online-Seite der größten überregionalen deutschen Zeitung entnommen<sup>1</sup>.

Auch diese Zeitung stimmt in den „von unsichtbarer Hand dirigierten Einheitschor der westlichen Journalisten-Gemeinschaft“ ein, die gegen das Militärregime in Burma Stimmung machen, weil es ihrer Meinung nach zu wenig tut, die Folgen des Orkans zu lindern. Schon wieder eine Kampagne, wie die gegen China anlässlich der Olympischen Spiele? Der Sturm ist ein willkommener Anlaß, gegen ungeliebte Staats- und Regierungsformen in fernen Ländern zu hetzen. So wie man das vom „großen Bruder“ gelernt hat, immer bevor er einen ungeliebten Schurkenstaat nieder machte. Doch wie war das damals, als ein Orkan den Süden der USA heimgesucht und New Orleans weitgehend zerstört hatte? US-Präsident Bush und seine Regierung haben sich damals nicht mit Ruhm bekleckert. Aber sehr wenige wagten damals auch nur leichte Zweifel an den verhaltenen Hilfsaktionen der US-Regierung anzumelden!

Gegen ein Militärregime zu hetzen, das ist schon etwas ganz anderes. Das sieht man auch in Washington gern. Es lenkt von den eigenen Nöten ab, welche die Finanzkrise über die Westliche Wertegemeinschaft gebracht hat. Und das Augenmerk der Menschen auf einen Nebenkriegsschauplatz zu lenken, das ist ein altbewährter Trick der Politik-Profis und ihrer Zuarbeiter.

Die Deutschen ärgern sich nämlich gewaltig momentan. Über die Selbstbedienungsmentalität der von den Großparteien gestellten Regierungskoalition und ihre Abgeordneten, die sich ihre [Diäten](#) wieder einmal erhöht haben. Seit dem 01.01.1997 bis zum 01.01.2009 beträgt die Steigerung satte 32,71%! Über die Selbstbedienungsmentalität der Manager haben die gleichen Parteifunktionäre sich noch vor kurzem empört. Nun machen sie es genau so! Dieses Verhalten von Regierung und Parteien ist nicht neu. Jetzt, wo Rentner und Arbeitnehmer reale Einkommensverluste hinnehmen müssen, ist es allerdings besonders abstoßend.

Die normalen Bürger, die Kleinverdiener, die Rentner und die Arbeitslosen schauen dem Treiben hilflos zu. Es gibt für sie keine Handhabe, die Raffgier der Eliten aus Politik und Wirtschaft auszuschalten. Die unfähigen und schamlosen Politiker beim nächsten Mal abwählen? Sie haben doch gar keine andere Möglichkeit, als die Selbstbediener wieder zu wählen! In der Politik haben wir ein Angebotsmonopol und der Marktzugang für neue Anbieter ist gesetzlich in einer Art und Weise eingeschränkt, die auf freien Wirtschaftsmärkten schon vor Jahrzehnten gesetzlich aufgehoben worden ist (Apothekenrealrechte z.B.) und immer weiter aufgehoben wird (europaweite Niederlassungsfreiheit für alle Berufsgruppen)!

---

<sup>1</sup> Überschrift stammt aus FAZ.NET mit AFP vom 07.05.08.

Eigentlich brauchen sich die Politiker und Manager nicht wundern, daß sie keiner mehr mag und sich immer weniger Menschen an den Wahlen beteiligen. Im Grunde ist die Wahlverweigerung die einzige Wahlalternative für die Menschen, die auch in Zukunft noch in den Spiegel schauen wollen, ohne sich schämen zu müssen.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 12.05.2008